

Kapital sticht Arbeit



Österreich steht wirtschaftlich ausgezeichnet da. So steht es im aktuellen OECD-Länderreport. Es gibt aber auch Schelte: Die Abgaben auf den Faktor Arbeit sind zu hoch und Vermögen wird nicht ausreichend besteuert.
VON THOMAS MEICKL

Steuern runter macht Österreich munter.“ So wurde Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Mai in der *Bild* zitiert. Genau betrachtet sind die Abgaben hierzulande aber alles andere als niedrig. Die Steuerquote beträgt laut der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 42 Prozent (2005) des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Der Wert liegt somit höher als noch in den 1990er Jahren.

Es steht außer Frage, dass Österreichs ökosoziale Marktwirtschaft ein hohes Steueraufkommen braucht, um zu funktionieren. Doch die Diskussionen über die Finanzierbarkeit des Sozial- und Bildungssystems zeigen, dass selbst die hohe Steuerquote noch nicht reicht. In diesem Zusammenhang gilt es zu hinterfragen, wer die meisten Steuern zahlt. Auch die OECD machte sich daran und stellte wenig überraschend fest, dass in Österreich Arbeit höher als Kapital besteuert wird (2006: 18 Milliarden Euro Lohnsteuer, 7 Milliarden Euro Gewinnsteuern ohne Kapitalertragssteuer, Gesamtaufkommen 60 Milliarden Euro, Quelle: AK).

Erbschaftssteuer neu

Die „überregionalen Wirtschaftsprüfer“ regen mitunter an, das Auslaufen der Erbschaftssteuer und die angedachte Abschaffung der Schenkungssteuer zu überdenken, um dieses Ungleichgewicht zu minimieren. Die Einnahmen aus Erb- und Schenkungssteuer waren aber schon seit Längerem sehr gering. Vor allem die Einführung der Privatstiftung und der damit möglichen Umgehung der

Erbschaftssteuer, wenn Kapital in Form von Stiftungen weitergegeben wird, hat dazu beigetragen, sowie die niedrige Bewertung von Grund und Boden. Margit Schratzenstaller, stellvertretende Leiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo), sieht in der angepriesenen Steuerreform im Jahre 2010 die Möglichkeit, nicht nur die Steuerbelastung zu senken, sondern auch die Steuerstruktur zu ändern, denn „vermögensbezogene Steuern haben an Bedeutung, Niveau und Finanzierungsbeitrag für öffentliche Ausgaben verloren“. Die Wirtschaftsexpertin sieht in der Kritik des

die könnte im Gegenzug zu einer Senkung der Kommunalsteuer angepasst/erhöht werden.

Im Fokus: Der kleine Mann

Da untere und mittlere Einkommen stärker belastet werden, Einkommen bis 10.000 Euro aber ohnehin bereits steuerfrei sind, kann in diesem Bereich nur über eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge – bei vollem Versicherungsschutz – die Steuerlast auf Arbeit gesenkt werden. Auch der Ressourcenverbrauch sollte zugunsten der Arbeit höher besteuert werden, dies hätte positive Effekte

einräumt, „dass die Unternehmen in erster Linie den Steuersatz verschiedener Länder vergleichen, doch das ist nur eine oberflächliche Betrachtungsweise, viel zu selten werden die Details der Bemessungsgrundlage durchgerechnet“. Ebenso wichtig seien für Investoren Rechtsstaatlichkeit und die Gewissheit, dass der Staat keine unangemessenen Maßnahmen setzt: „Es ist ein Unterschied, ob ich damit rechnen muss, sofort ins Gefängnis zu müssen, wenn die Behörde meine Rechtsauffassung nicht teilt, oder ob es ein etabliertes Rechtssystem gibt, und ich sicher sein kann, ein faires Ver-

faktors Arbeit als Standortvorteil zu werten – fürchtet man sich auch, mittels einer Vermögenssteuer könnte man die Reichen verlieren, die nicht zuletzt aufgrund des Privatstiftungsgesetzes ins Land gekommen sind. Lang glaubt zwar nicht an den Abzug der Reichen, hält eine Vermögenssteuer neu aber dennoch für bedenklich, denn ein Zickzackkurs in der Steuerpolitik wirkt sich international nicht vertrauensbildend aus. Diese Meinung teilen auch Privatstiftungsexperten. Viele Reiche haben sich in den vergangenen Jahren in Österreich niedergelassen und versteuern hier ihr „Welteinkommen“. Das macht diese Klientel vor allem, weil Kapitalerträge mit 25 Prozent besteuert werden. Das sei noch vertretbar; alles, was in Richtung 50 Prozent ginge, würde die Vermögenden aber aus Österreich vertreiben.

Mehr für die Massen

Der OECD fiel seit geraumer Zeit auch die niedrige Lohnquote in Österreich auf. Ein Indiz mehr, dass sich das BIP in steigendem Maße durch Kapitalerträge und nicht durch Löhne speist. Von 1995 auf 2005 fiel der Anteil der Löhne am BIP von 66 auf 60 Prozent. Laut Alois Guger, Arbeitsmarktexperte des Wifo, muss künftig das erwirtschaftete Einkommen auch an die Masse verteilt werden und kann nicht nur an die Kapitaleigentümer fließen. Dies ist nicht allein der Gerechtigkeit wegen notwendig, sondern hat durchaus ökonomische Gründe, denn die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird verstärkt von der Inlandsnachfrage abhängen, diese muss an Bedeutung gewinnen, man darf sich nicht nur am Export orientieren. Ein kleines Land wie Österreich kann aber nicht im Alleingang die Löhne erhöhen, dies muss im internationalen Gleichklang passieren, sonst wäre der Außenhandel zu stark betroffen, sagt Guger.

Noch sticht Kapital Arbeit in puncto Steuern. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist es aber unerlässlich, dass dem viel zitierten kleinen und mittleren Mann mehr im Geldbeutel bleibt.



Auf und davon. Segeln die Reichen einfach weg, wenn die Republik mehr Geld von ihnen will?

Verfassungsgerichtshofes am Bewertungsverfahren von Immobilien bei Vererbung und Schenkung die Chance zu einer Reform, denn es sei nicht vorstellbar, dass eine „Erbschafts- und Schenkungssteuer neu“ viele zur Steuerflucht animieren würde. Kernstück einer solchen Reform müsste die Änderung des Bewertungsverfahrens, weg von einem pauschalieren Einheitswertverfahren hin zu einem Verfahren, das sich an den Verkehrswerten orientiert, sein. Dasselbe gilt für Schratzenstaller im Bereich der Grundsteuer, auch

auf die Beschäftigungszahlen und auf die Umwelt.

Ein Blick in osteuropäische Länder lässt so manchen heimischen Wirtschaftskapitän vor Neid erblinden. So lockt auch die Slowakei Investoren mit einer Flat-Tax (Einheitssteuer ungeachtet der Höhe des Einkommens). Michael Lang, Vorsitzender des Instituts für österreichisches und internationales Steuerrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), ist nicht so leicht davon zu überzeugen, dass die Firmen wegen einer Flat-Tax das Land verlassen, wenngleich er

fahren zu bekommen.“ Eine Vermögenssteuer, wie sie bis 1993 bestand, hält Lang für nicht sinnvoll, da sie auch von Personen verlangt wird, die von dem vorhandenen Vermögen keine Einkünfte beziehen. Somit ist auch für den WU-Steuerexperten bei Grund- und Kommunalsteuer der Hebel anzusetzen: Erhöhung der Bewertung der Grundsteuer und Abschaffung der Kommunalsteuer.

Neben der Angst, dass die Unternehmen in Länder abwandern, die mit niedrigen Steuern locken – auch hier ist die Entlastung des

Die Fragen sollen einfach gewesen sein. Doch 1931 konnte niemand sie beantworten. Der amerikanische Kongress hatte einige Ökonomen eingeladen, von denen er wissen wollte, wie es denn wirtschaftlich um das Land stehe. Diese konnten nur mit den Schultern zucken. Denn eine der wichtigsten Kennzahlen der Volkswirtschaft war noch nicht erfunden.

Heute ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine anerkannte Größe. Jede Staatsausgabe wird auf ihren Anteil am BIP hin untersucht. Wie schnell es wächst, gibt darüber Aufschluss, welches Land

Alles kommt in einen Eimer

Die wirtschaftliche Kennzahl Bruttoinlandsprodukt ist nicht unumstritten.
VON CHRISTOPH ZOTTER

zurzeit am fleißigsten ist. Seit der Ökonom Simon Kuznet den Standard 1932 erfand, wurde er Stück für Stück verfeinert. Mittlerweile werden sogar Verträge auf Grundlage des BIPs geschlossen. Der Vertrag von Maastricht, zum Beispiel, legt fest, wie viele Schulden ein Staat im Verhältnis zu seinem BIP machen darf.

Dabei ist es nicht wirklich perfekt. „Manches ist eigentlich paradox“, sagt der Volkswirtschaftler Alfred Sitz. Wie in einen Eimer werfen die Statistiker alles, was im vergangenen Jahr produziert wurde. Frische Semmeln zählen ebenso dazu wie ein Haarschnitt oder

eine Konzertkarte. Am Ende des Jahres wird der Eimer gewogen, je schwerer desto besser.

Doch Einiges fällt daneben. Nur Waren, die nachvollziehbarerweise mit Geld bezahlt wurden, werden zum BIP gerechnet. Das selbst gekochte Abendessen und die eigenhändig reparierte Türklinke fehlen dabei ebenso wie der unter der Hand bezahlte Bauarbeiter. Fast ebensolange wie es das BIP gibt, wird deswegen nachgedacht, wodurch man es ersetzen könnte. Denn die fehlende Haus- und Schwarzarbeit ist nicht das einzige Manko: Die vom BIP aufgezählte, in Geld

bewertete Güterproduktion sagt nichts über deren Qualität aus. So wächst die Wirtschaft, wenn die Zahl der Herzinfarkte steigt oder mehr Menschen in einem Jahr mit dem Auto verunglücken. Alternative Messgrößen wie der Genuine Progress Index ziehen deshalb schlechtes von gutem Wachstum ab. „Das Problem dabei ist, dass man Dinge bewertet, die sich kaum bewerten lassen“, sagt Sitz.

Also vertrauen Regierungen auf der ganzen Welt weiter auf aus dem BIP gewonnene Erkenntnisse über die eigene Wirtschaft. „Es hat seine Schwächen“, sagt Sitz, „aber leider haben wir nichts Besseres.“